

Gleich und frei gesellt sich (nicht) gern

Warum nicht mit grundlegender Verschiedenheit produktiv umgehen?

Dieser Tage laufen heftige Debatten über die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrages. Der „Schwarz-Braune Peter“ scheint in Magdeburg zu liegen, wo eine Mehrheit von CDU und AfD den Zuwachs für die Öffentlich-Rechtlichen um 86 Cent pro Monat zu Fall bringen könnte. Dabei gehen die Probleme viel tiefer als „Führungsschwäche der CDU“ oder „Fremdeln gegenüber der (sic!) Demokratie“. 30 Jahre nach der staatlichen Einheit fällt es aus westlicher Sicht noch immer schwer, differenziert nach Osten zu schauen.

Jens Schneider von der „Süddeutschen“ schreibt mit Blick auf die Beitrags-Diskussionen, wir sollten bitte nicht von DEM Osten reden. Ist das mehr als eine Binsenweisheit? Es scheint mir sinnvoller, sowohl gewisse grundlegende Unterschiede zwischen Ost und West zu erkennen und anzuerkennen, als auch wichtige Differenzen und Differenzierungen im Osten wahrzunehmen.

Um beim Thema „Massenmediale Öffentlichkeit“ zu bleiben: Als kritischer Mediennutzer, der bis zum Beitritt zur BRD in der DDR gelebt hat, stoße ich immer wieder auf erstaunliche Fehler in der Berichterstattung mit Blick auf DDR-Geschichte. Da wird Erich Honecker langjähriger Regierungschef genannt (was er nie war), wird vom „Ein-Parteien-Staat“ geredet (und kaum von den Blockparteien CDU, LDPD, DBD und NDPD), oder eben auch Egon Krenz letzter DDR-Staatsratsvorsitzender geheißen (wie jüngst hier <https://www.berliner-zeitung.de/30-jahre-einheit/unrechtsstaat-ddr-debatte-nachkriegszeit-freiheit-sicherheit-egon-krenz-li.105304> in der ansonsten doch um einen vergleichsweise vielfältigen Diskurs bemühten „Berliner Zeitung“). Krenz war aber der vorletzte in diesem Amt, NACH Erich Honecker, jedoch VOR Manfred Gerlach, dem LDPD-Vorsitzenden, der dieses Amt als tatsächlich letzter ausübte vom Dezember 1989 bis zum April 1990. Letztes DDR-Staatsoberhaupt war dann de facto die letzte (und einzige "frei gewählte") Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl von der DDR-CDU, bis zum 2.10.1990.

Das mag „kleinkariert“ erscheinen für viele derjenigen, welche die DDR schlicht nur für einen "Unrechtsstaat" bzw. „totalitäre Diktatur“ etc. halten und sie immer wieder mit Nazi-Deutschland gleichsetzen. Dagegen ist eine Genauigkeit und Differenziertheit der Sichtweisen gerade für nicht wenige Ostdeutsche offenbar wichtig. Weil Geschichte nicht (nur) das sein sollte, was "die Sieger" aufschreiben. Denn ansonsten schiene ja weiterhin zu gelten, was Bertolt Brecht formuliert hat in seiner „Verurteilung des Lukullus": "Immer doch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten".

Der Bundespräsident hatte in seiner Festrede am 3.Oktober unter anderem gesagt: „Auch 30 Jahre nach dem Ende der DDR fehlt es an einer gemeinsamen Lesart der Vereinigungsgeschichte“. Das ist einerseits vermutlich gut gemeint, andererseits offenbart es zugleich ein grundlegendes Problem der Eliten hierzulande, mit Verschiedenheit produktiv umzugehen.

Schon das herrschende Narrativ „Wiedervereinigung“ ist hochgradig fragwürdig: Ganz banal gesagt, waren die beiden Teile zuvor in der Form nie zusammen. Viel wichtiger aber bleibt folgende Kritik daran: Dieses Wort wirkt teleologisch, im Sinne von: Es habe ja so kommen müssen, die Geschichte habe hier ihren vorgegebenen Zweck erfüllt, es habe keine Alternativen gegeben. Das wird auch insofern im Osten bemerkt, als der DDR-Propaganda zurecht vorgeworfen wird, gerade in ihrem Geschichtsbild solche gesetzmäßige Ausrichtung der Zeitläufte auf ein „höheres Ziel“ hin behauptet zu haben.

Eine fehlende „gemeinsame Lesart“ scheint nicht das Hauptproblem. Es wäre schon viel gewonnen, wenn nicht „die“ westliche Lesart so machtvoll wirkte. Wenn es zum Beispiel nicht ständig hieße: DIE Demokratie (gemeint: die gegenwärtige Gesellschaft) versus DIE Diktatur (vulgo: rot gleich braun).

Wie könnten dagegen verschiedene Erinnerungen produktiv gemacht werden? Grundsätzlich gibt es sicher in Ost und West neben Gemeinsamkeiten viele sozial-strukturelle und sozial-psychologische Unterschiede. Wenn es gesellschaftlich so etwas wie „Augenhöhe“ gäbe zwischen Westlern und Ostlern, könnten Menschen aus Ost und West hierzulande Spannendes lernen, und zwar von- und miteinander:

Im Westen war der weltanschauliche Leitwert (individuelle) „Freiheit“ maßgebend, und er ist es heute (siehe viele Reden des Ex-Bundespräsidenten Gauck, der - Ironie der Geschichte - natürlich eine Ost-Vergangenheit hat) im westdeutsch geprägten gesamtdeutschen Diskurs. Ökonomisch fundiert in der „Freiheit“ Einzelner, möglichst viel privatwirtschaftliches Kapital anzuhäufen.

Im Osten gab es in vieler Hinsicht Prägungen auf „Gleichheit“ als sozialen Kompass. „Gleich“ auch insofern, dass privates Kapital kaum eine Rolle spielte, was westlicherseits oft auf „Gleichschaltung“ und „Gleichmacherei“ reduziert wird.

Dabei lässt sich nicht nur mit Blick auf die Ideale der Französischen Revolution von 1789 sagen, dass diese beiden Werte, Freiheit und Gleichheit, eng aufeinander bezogen sein sollten – Freiheit ohne Gleichheit ist praktisch die Freiheit des Stärkeren, und Gleichheit ohne Freiheit kann zur Einebnung aller Individualität führen. Daher wäre es gesellschaftlich eine große Chance, wenn Westler ihre Freiheit und Ostler ihre Gleichheit infragestellen und gemeinsam Gleichheit SOWIE Freiheit in Vielfalt aufheben könnten - auf ein neues Niveau von sozial-ökologischer Schwesterlichkeit und Brüderlichkeit, siehe das Aufhebenswerte der Ideale von 1789ff.

Doch sind die Verhältnisse nicht so, dass von einer gleichberechtigten Einheit zu reden wäre. Zu dominant waren und sind die ganz klar westbasierten Kapitalsorten in all ihren Formen, wie sie Pierre Bourdieu so erklärungskräftig modellierte: ökonomisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital, jedes für sich und einander verstärkend im Zusammenwirken.

Um den Rahmen kritischer Mediennutzungen zu schließen: Vom symbolischen Kapital her gesehen ist es kein Wunder, dass auch 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zum Bereich des Grundgesetzes (das war jener Vollzug staatlicher Einheit, ganz sachlich formuliert) in den allermeisten fiktionalen oder auch dokumentarischen TV-Formaten ein zur „Wiedervereinigung“ komplementäres Narrativ bedient wird: Menschen in/aus der DDR kommen fast ausschließlich vor als „Stasi-Opfer“ oder „Stasi-Täter“. Auch das kann den anderen, widersprüchlichen Erfahrungen vieler Ostdeutscher und ihren Erinnerungen kaum entsprechen. Erinnerungen aber sollten produktiv sein. Und es noch mehr gemacht werden – nicht zuletzt in den öffentlich-rechtlichen Programmen. Ohne sie wäre die deutsche Medienlandschaft deutlich ärmer, aber auch und gerade diese Anstalten haben sicher „viel Luft nach oben“, um ihren gesamtgesellschaftlichen Gebrauchswert zu erhöhen.